



**solidar**



# SOCIAL RIGHTS MONITOR 2020

## LÄNDERBERICHT: DEUTSCHLAND



Generell hat der Arbeitsmarkt durch eine gute Binnenkonjunktur in Deutschland einen Aufschwung erlebt, was sich in einer hohen Beschäftigungsquote und einer entsprechend niedrigen Arbeitslosenquote niederschlägt. Dennoch verlangsamte sich das Wirtschaftswachstum im Jahr 2019. Die verarbeitende Industrie gehörte zu den am stärksten betroffenen Branchen. Hierdurch wurde auch das Exportwachstum beeinträchtigt.<sup>1</sup> Die Position Deutschlands in der europäischen Säule sozialer Rechte weist nach dem Social Scoreboard einen Wert im mäßig positiven Bereich aus. In der Tat erzielte Deutschland in vielen Bereichen Werte über dem EU-Durchschnitt und verzeichnete bei den meisten Makroindikatoren des Scoreboards eine hohe Leistung. Der niedrigste Wert wurde als mittelmäßig eingestuft. Er bezog sich auf drei Makroindikatoren: die Wirkung sozialer Transferleistungen, die Schulabbrecherquote sowie die Ungleichheit der Einkommen. Dennoch liegt Deutschland bei diesen drei Indikatoren immer noch deutlich über dem Durchschnittswert der EU.<sup>2</sup> Die Schulabbrecherquote und die Ungleichheit der Einkommen werden in der aktuellen Ausgabe

des Social Rights Monitor ebenfalls als problematisch eingestuft. Darüber hinaus stellen die großen Unterschiede zwischen deutschen Staatsbürgern und Nicht-EU-Bürgern beim Zugang zu Arbeitsmarkt und Bildung sowie die allgemeinen sozialen Bedingungen ein weiteres deutliches Problemfeld für Deutschland dar. Nach Ansicht der National Strategy Group trägt das unzureichende deutsche Zuwanderungsgesetz zur Fortsetzung der sozialen Ungleichheit bei. So ist die Armut in den letzten Jahren zwar stetig zurückgegangen, doch die Ungleichheit der Einkommen nimmt zu. Auch die Gleichstellung der Geschlechter ist als weitere Dimension der sozialen Gerechtigkeit verbesserungsbedürftig. Trotz seiner stabilen Frauenerwerbstätigkeitsquote und seiner guten Position im Gleichstellungsindex weist Deutschland eine der höchsten Teilzeitbeschäftigungsquoten für Frauen in der EU auf, und die Aufteilung der Haushalts- und Pflegeaufgaben ist weiterhin ungleich verteilt. Die Situation der zivilgesellschaftlichen Freiräume ist insgesamt positiv zu bewerten. Dennoch werden diese durch extremistische, von Feindseligkeit geprägte Demonstrationen bedroht.

<sup>1</sup> Europäische Kommission (2020) Länderbericht Deutschland 2020 <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=CELEX:52020SC0504&from=EN>

<sup>2</sup> Europäische Kommission (2020) Social Scoreboard <https://composite-indicators.jrc.ec.europa.eu/social-scoreboard/>

	2018	2019	EU-28 2019
GINI-Index <sup>3</sup>	31,1	29,7	30,1
Arbeitslosigkeit <sup>4</sup>	3,4%	3,1%	6,3%
Gleichstellungsindex <sup>5</sup>	66,9 (2019)	67,5 (2020)	67,9 (2020)
Armut trotz Erwerbstätigkeit <sup>6</sup>	9,0%	7,9%	9,2%
Überbelegung von Wohnraum <sup>7</sup>	7,4%	7,8%	15,6%
CIVICUS Civic Space Monitor <sup>8</sup>		OFFEN	Keine Angabe

### Ausgewählte Indikatoren zum Zustand der sozialen Rechte

## GESCHLECHTERGLEICHSTELLUNG UND ZUGANG ZUM ARBEITSMARKT

2019 stellte der deutsche Arbeitsmarkt erneut seine Stärke unter Beweis. Die Arbeitslosenquote stabilisierte sich bei 3,2 %, und die Beschäftigungsquote stieg leicht an und lag im letzten Quartal 2019 bei 80,2 %<sup>9</sup>. Auch der Anstieg der Gehälter setzte sich fort. Dennoch lassen sich einige Kritikpunkte ausmachen, u.a. der Rückgang der Beschäftigungsquote und der Löhne im verarbeitenden Gewerbe, die zunehmende Verhandlungsmacht der Arbeitgeber, die das allgemeine Wachstum der Löhne in der Zukunft gefährden könnte, und die Barrieren für Geflüchtete und Asylbewerber beim Zugang zum Arbeitsmarkt.<sup>10</sup>

Die NSG kommt mit Hinblick auf den gesetzlichen Rahmen des Arbeitsmarkts zu einer verhalten kritischen Bewertung. Zwischen 2002 und 2005 wurde eine Reihe von Arbeitsmarktreformen durchgeführt. Allerdings zielten diese Reformen trotz ihrer Bezeichnung nicht nur

auf den Bereich des Arbeitsrechts ab. Ganz im Gegenteil: Vielmehr wurden die Sozialversicherung, das System der Wiedereingliederung Arbeitsloser in den Arbeitsmarkt und der Aktivierung unterstützungsbedürftiger Personen im erwerbsfähigen Alter reformiert, mit dem obersten Ziel, diese Menschen in Arbeit zu bringen. Obwohl die Zahl der Beschäftigten schon kurz nach Einführung dieser Maßnahmen stieg und die Arbeitslosenquote sank, war der positive Einfluss dieser Maßnahmen auf die genannten Indikatoren weit weniger nachhaltig als oft vermutet. Zu diesem Schluss kommt eine Studie des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses. Auch wenn die Reformen die Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt insgesamt beschleunigt haben, haben sie die Beschäftigungschancen für Langzeitarbeitslose in einigen Fällen nicht verbessert, sondern die allgemeinen Arbeitsbedingungen sogar noch verschlechtert. Darüber

3 Eurostat (2020). Gini-Index des verfügbaren Äquivalenzeinkommens: [http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?lang=en&dataset=ilc\\_di12](http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?lang=en&dataset=ilc_di12)

4 Eurostat (2020). Arbeitslosigkeit nach Geschlecht und Alter: Jahresdaten: [https://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=une\\_rt\\_a&lang=en](https://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=une_rt_a&lang=en)

5 Europäisches Institut für Gleichstellungsfragen (2020). Gleichstellungsindex: <https://eige.europa.eu/gender-equality-index/2020/DE>

6 Eurostat (2020). Armutsquote trotz Erwerbstätigkeit: <https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/tespm070/default/table?lang=en>

7 Eurostat (2020). Überbelegungsquote nach Alter, Geschlecht und Armutsstatus – Gesamtbevölkerung: [https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/ilc\\_lvho05a/default/table?lang=en](https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/ilc_lvho05a/default/table?lang=en)

8 CIVICUS (2020). Civic Space Monitor - Deutschland: <https://monitor.civicus.org/country/germany/>

9 Eurostat (2020) Beschäftigung und Erwerbstätigkeit nach Geschlecht und Alter - Quartalszahlen [https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/LFSI\\_EMP\\_Q\\_custom\\_185412/default/table?lang=en](https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/LFSI_EMP_Q_custom_185412/default/table?lang=en)

10 Europäische Kommission (2020) Länderbericht Deutschland 2020 <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=CELEX:52020SC0504&from=EN>

hinaus haben die Reformen zu einer geringeren Fluktuationsrate auf dem Arbeitsmarkt geführt. Hierdurch ist es für die Beschäftigten schwieriger geworden, ihre Gehälter oder Arbeitsbedingungen durch einen Wechsel des Arbeitsplatzes zu verbessern.<sup>11</sup> Die National Strategy Group unterstreicht entsprechend dieser Ergebnisse die anhaltenden negativen Auswirkungen der Arbeitsmarktreformen auf vulnerable Gruppen und verweist besorgt auf die drohende Folge der Altersarmut.

## INKLUSION VON MIGRANTEN

Das deutsche Zuwanderungs- und Asylrecht wurde unlängst mit der Einführung einer Reihe neuer Gesetze reformiert, dem Migrationspaket, welches im Juni 2019 verabschiedet wurde. Die kontroverseste Debatte entstand hierbei rund um das Geordnete-Rückkehr-Gesetz, mit dem die Regelungen zur Abschiebung verschärft wurden. Das neue Gesetz erlaubt es der zuständigen Behörde, Personen für kurze Zeiträume zur erleichterten Durchführung der Abschiebungen in Haft zu nehmen – wenn auch nur zu diesem Zweck. Der Grund für diese spezielle Maßnahme liegt in der mutmaßlichen Gefahr des Untertauchens vor der Abschiebung. Die im Migrationsbereich tätigen Organisationen der Zivilgesellschaft beobachten mit äußerster Besorgnis, dass bis 2022 nun auch reguläre Haftanstalten (anstelle der spezialisierten Einrichtungen, die bis zum Inkrafttreten des neuen Gesetzes genutzt wurden) für die Abschiebehaft in Anspruch genommen werden können. Auch wenn die Abschiebehaftlinge räumlich getrennt von den Strafgefangenen untergebracht werden, wird diese Praxis von den Nichtregierungsorganisationen als inakzeptabel eingestuft.<sup>12</sup>

Das jüngste Gesetz des Migrationspakets, das Fachkräfteeinwanderungsgesetz,<sup>13</sup> trat am 1. März 2020 in Kraft. Es regelt die Integration qualifizierter Migranten in den Arbeitsmarkt. Das Gesetz wurde als Maßnahme zur Behebung des Fachkräftemangels verabschiedet, der das Wachstum der deutschen Wirtschaft gefährdet.<sup>14</sup> Die neue Maßnahme erleichtert qualifizierten Migranten die Einreise und den Aufenthalt in Deutschland. Eingereiste Fachkräfte aus Nicht-EU-Ländern erhalten die Möglichkeit eines längeren Aufenthalts im Land, unter anderem zum Zweck der Suche nach einer Beschäftigung oder Ausbildung in Deutschland. Allerdings ist das Gesetz nicht auf Zugewanderte anwendbar, deren Asylanträge bereits abgelehnt wurden. Auch Migranten, die bereits seit Jahren in Deutschland leben und arbeiten, befinden sich außerhalb des Geltungsbereichs. Daraus folgt, dass qualifizierte Migranten, die zwar die Qualifikationen und sprachlichen Voraussetzungen erfüllen, aber bereits in Deutschland leben und arbeiten, keinen Aufenthaltstitel im Rahmen des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes erhalten können. Damit dies möglich wird, müssen sie zunächst in ihre Heimatländer zurückkehren.<sup>15</sup> Auch wenn hinsichtlich der Anerkennung von Bildungs- und Berufsabschlüssen bereits einige Änderungen in Kraft getreten sind – etwa zur Beschleunigung der Verfahren – erfolgt die Anerkennung nach wie vor alles andere als linear oder automatisch. Es überrascht daher nicht, dass die Europäische Kommission in ihrem Länderbericht 2020 feststellt: „Die Zuwanderung von Fachkräften aus Drittländern erfordert effizientere und transparentere Verwaltungsverfahren sowie eine bessere Anerkennung von Bildungs- und Berufsabschlüssen.“<sup>16</sup>

11 Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss (2014) Die Auswirkungen der Arbeitsmarktreformen in Deutschland [https://www.eesc.europa.eu/resources/docs/germany\\_xl\\_de.pdf](https://www.eesc.europa.eu/resources/docs/germany_xl_de.pdf)

12 AIDA; ECRE (2019) Germany: A controversial law package passes the Parliament <https://www.asylumineurope.org/news/14-06-2019/germany-controversial-law-package-passes-parliament-1>

13 Anerkennung in Deutschland (2020) Das Fachkräfteeinwanderungsgesetz <https://www.anerkennung-in-deutschland.de/html/en/pro/skilled-immigration-act.php#>

14 Europäische Kommission (2020) Länderbericht Deutschland 2020 <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52020SC0504&from=DE>

15 Euractiv (2020) Germany's Skilled Immigration Act: Who will benefit? <https://www.euractiv.com/section/justice-home-affairs/news/germanys-skilled-immigration-act-who-will-benefit/>

16 Europäische Kommission (2020) Länderbericht Deutschland 2020 <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52020SC0504&from=DE>

Geringqualifizierte junge Männer, junge Menschen mit Migrationshintergrund sowie Geflüchtete sind unter den Zeitarbeitskräften überdurchschnittlich stark vertreten. Darüber hinaus ist die Lücke der Beschäftigungsquoten zwischen deutschen Staatsangehörigen und Zugewanderten, die außerhalb der EU geboren wurden, eine der größten in der gesamten Union: 16,3 Prozent (Deutschland) im Vergleich zum EU-Mittel von 9,4 Prozent. Von dieser Situation sind Frauen überproportional stark betroffen: Die Beschäftigungslücke ist für außerhalb der EU geborene Frauen doppelt so groß wie für außerhalb der EU geborene Männer. Die großen Unterschiede zwischen deutschen Staatsbürgern und nicht-deutschen Mitbürgern betreffen auch die geschlechterspezifische Beschäftigungsrate: Der Unterschied zwischen den geschlechterspezifischen Beschäftigungslücken dieser beiden Gruppen beträgt 20,2 Prozent - mehr als das Doppelte des EU-Durchschnitts (9,4 Prozent). Hinsichtlich der Beschäftigungsquote weist die nicht einheimische Bevölkerung demnach eine höhere geschlechtsspezifische Ungleichheit auf. Obwohl die Beschäftigungsquote der Geflüchteten von 37,3% im Jahr 2016 auf 42,9% im Jahr 2018 stieg, stehen der Teilnahme dieser Gruppe am Arbeitsmarkt weiterhin Hürden entgegen. Diese bestehen in erster Linie in fehlenden Deutschkenntnissen und mangelnden beruflichen Fähigkeiten. Hierzu kommt das komplexe Anerkennungsverfahren für im Heimatland erworbene Qualifikationen.<sup>17</sup> Einige Dienste unterstützen mit großem Engagement den Zugang von Zugewanderten zum Arbeitsmarkt: Die Jugendmigrationsdienste (JMD) etwa begleiten junge Menschen mit Migrationshintergrund im Alter von 12 bis 27 Jahren. Sie bieten Unterstützung beim Integrationsprozess mittels individueller Angebote, professioneller Beratung, Gruppen- und Bildungsangebote sowie eine effektive Vernetzung mit Schulen und Ausbildungseinrichtungen.<sup>18</sup>

Die National Strategy Group führt auch den anhaltenden Rassismus in der deutschen Gesellschaft als weiteres besorgniserregendes Phänomen an, das bislang noch nicht ausreichend angegangen wurde. Rechtspopulistische Parteien versuchen das allgemeine Klima zu nutzen, um für eine einwanderungsfeindliche Politik Stimmung zu machen. Die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz bestätigt diese Aussagen in ihrem Bericht zu Deutschland, der den zunehmenden Einsatz von Hassreden zum Zweck der politischen Propaganda sowie eine islamophobe Haltung als häufigste Form gesellschaftlicher Feindseligkeit aus religiösen Gründen beschreibt.<sup>19</sup>

## BILDUNG UND JUGENDARBEITSLOSIGKEIT

Obwohl die Ausgaben der öffentlichen Hand im Bildungsbereich in den letzten Jahren zugenommen haben, investiert Deutschland hier gegenwärtig weniger als früher. Der Anteil der Bildung am Bruttoinlandsprodukt fiel von 4,3% (2010) auf 4,1% (2017). Die öffentlichen Gesamtausgaben in diesem Bereich betragen aktuell 9,4% und liegen somit leicht unter dem EU-Durchschnitt von 10,2%. Auch wenn sich die Leistungsfähigkeit der Schüler in den grundlegenden Fertigkeiten im genannten Zeitraum nicht wesentlich verändert hat, hat das sozioökonomische Umfeld laut PISA-Studie der OECD einen großen Einfluss auf die schulischen Leistungen. So haben beispielsweise 27,5 % mehr 15-jährige Schüler aus bildungsfernen Familien schlechte Leistungen im Lesen als gleichaltrige Schüler mit einem hohen sozioökonomischen Status. Unterdurchschnittliche schulische Leistungen sind weitaus verbreiteter bei Schülern, die im Ausland geboren wurden. In dieser Hinsicht ist Deutschland eines der EU-Länder mit den größten Lücken, und dieser Trend hat sich seit

<sup>17</sup> Ibid.

<sup>18</sup> Jugendmigrationsdienste (n.a.) <https://www.jugendmigrationsdienste.de/en/>

<sup>19</sup> Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (2019) ECRI Bericht über Deutschland <https://rm.coe.int/ecri-report-on-germany-sixth-monitoring-cycle-/16809ce4be>

2009 sogar weiter verschlechtert. Auch zwischen den Regionen schwanken die Bildungsleistungen erheblich.<sup>20</sup> Die Nationale Strategiegruppe spricht sich dafür aus, Schüler unabhängig von ihren schulischen Leistungen so weit wie möglich auf demselben Bildungsweg zu halten, um die Auswirkungen des Schulerfolgs auf die schulische und berufliche Zukunft der Schüler zu verringern. Das NSG ist der Meinung, dass das derzeitige deutsche Schulsystem den Schülern zu früh (bereits im Alter von neun bis 12 Jahren) eine Wahl des Bildungsweges aufzwingt, die ihren weiteren Lebensweg stark beeinflussen wird.

Die Schulabbrecherquote des Jahres 2019 entsprach dem EU-Durchschnitt und lag leicht unter dem Europa-2020-Ziel.<sup>21</sup> Dennoch gibt es wie in den meisten Ländern große Unterschiede zwischen einheimischen und im Ausland geborenen Schulabbrechern. 2017 war die Quote der im Ausland geborenen Schul- und Ausbildungsabbrecher fast dreimal so

hoch wie die der gebürtigen Deutschen.<sup>22</sup> Die Nationale Strategiegruppe schlägt die Einführung von Beratungsangeboten im Schulsystem als Möglichkeit vor, die Schulabbrecherquote zu senken. So könnten Schüler dabei unterstützt werden, geeignete und nachhaltige Bildungswege zu finden. Die NSG hält die Einbindung der Eltern in diesen Prozess für grundlegend.

Jugendarbeitslosigkeit stellt kein erhebliches Problem im deutschen Arbeitsmarkt dar. Die Arbeitslosenquote der 15- bis 29-Jährigen lag 2019 bei 4,3 %, betrug somit weniger als die Hälfte des EU-28-Durchschnitts (10,7 %) und lediglich ein Drittel des Durchschnitts im Euro-Währungsgebiet (12,5 %).<sup>23</sup> Allerdings bestehen weiterhin Unterschiede zwischen einheimischen und nicht einheimischen Jugendlichen. Auch das anhaltende Phänomen der Binnenmigration ist problematisch: Jugendliche verlassen den ländlichen Raum, um in der Stadt zu arbeiten oder zu studieren.

20 Europäische Kommission (2020) Länderbericht Deutschland 2020 <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52020SC0504&from=DE>

21 Eurostat (2020) Early leavers from education and training [https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Early\\_leavers\\_from\\_education\\_and\\_training](https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Early_leavers_from_education_and_training)

22 Europäische Kommission (2018) Monitor für die allgemeine und berufliche Bildung 2018 Deutschland [https://ec.europa.eu/education/sites/education/files/document-library-docs/et-monitor-report-2018-germany\\_en.pdf](https://ec.europa.eu/education/sites/education/files/document-library-docs/et-monitor-report-2018-germany_en.pdf)

23 Eurostat (2010) Jugendarbeitslosigkeit nach Geschlecht, Alter und Geburtsland [https://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=yth\\_empl\\_100&lang=en](https://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=yth_empl_100&lang=en)

# FAIRE ARBEITSBEDINGUNGEN

## ARMUT TROTZ ERWERBSTÄTIGKEIT

Armut trotz Erwerbstätigkeit gehört zu den Schattenseiten des deutschen „Beschäftigungswunders“. Zwischen 2012 und 2017 stieg die Quote der Menschen, die zwar erwerbstätig, aber von Armut bedroht sind, von 7,7 % auf 9,0 % und erreichte 2014 mit 9,9 % einen Höchststand. Im Jahr 2019 war dieser Wert wieder auf 7,9% gefallen. Das European Social Policy Network stellt fest, dass sich der Trend der Armut trotz Arbeit seit der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns im Jahr 2014 umzukehren scheint. Die generell am stärksten von Armut trotz Erwerbslosigkeit betroffenen Gruppen sind Frauen (10%, bei den Männern liegt der Wert zwei Prozentpunkte niedriger), Jugendliche im Alter von 18 bis 26 Jahren (12,6 %), Menschen, die außerhalb der EU geboren wurden (18,6 %) sowie Menschen mit einem niedrigen Bildungsniveau (21,7 %).<sup>24</sup> Bei den prekären Beschäftigungsverhältnissen weist Deutschland zusammen mit Rumänien die niedrigste Quote in der EU auf.<sup>25</sup>

Die Ungleichheit der Einkommen steigt weiter an. 2018 sank der Anteil der unteren 60% der Erwerbstätigen am Einkommen um 2,5 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr, während der Anteil der oberen 20% um 3,7% stieg). Entsprechend ungleich verteilt ist weiterhin auch das Vermögen: 2017 konzentrierte sich rund 55 % des gesamten Nettovermögens auf die reichsten 10 % der Bevölkerung.<sup>26</sup>

## GLEICHSTELLUNG DER GESCHLECHTER

Auf dem Gleichstellungsindex 2020 erreicht Deutschland 67,5 von 100 Punkten und belegt damit in der Gesamtwertung Platz 12. In den letzten Jahren konnte Deutschland diesen Wert verbessern und hat hier einen schnelleren Fortschritt erzielt als alle anderen EU-Mitgliedstaaten. 2020 lag die EU auf dem Gleichstellungsindex insgesamt bei 67,9, somit also leicht vor Deutschland.<sup>27</sup> Dennoch ist die Ungleichheit der Geschlechter in der deutschen Gesellschaft und Wirtschaft nach wie vor ein Thema. Die Frauenbeschäftigungsquote ist zwar eine der höchsten in der EU, aber es bestehen beträchtliche geschlechtsspezifische Unterschiede bei der Teilzeitbeschäftigung. Aufgrund der Differenz der geleisteten Arbeitsstunden und der branchenspezifischen Unterschiede ist auch die geschlechtsspezifische Differenz beim Entgelt erheblich.<sup>28</sup> Immerhin stieg der Anteil der Frauen in Vollzeitbeschäftigung zwischen 2010 und 2020 leicht an. In Schule und Berufsbildung sind Frauen in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Pflege deutlich stärker vertreten als Männer. Auch die wirtschaftliche Situation der Männer und Frauen zeigt weiterhin eine sehr ungleiche Verteilung: Alleinerziehende Mütter haben ein um 18% größeres Armutsrisiko als alleinerziehende Väter.<sup>29</sup>

Die Daten der Jahre 2015 und 2016 zeigen, dass Frauen deutlich mehr Zeit auf Tätigkeiten in Haushalt und Pflege verwenden als Männer.

24 ESPN (2019) Arbeit trotz Erwerbstätigkeit in Deutschland <https://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=21111&langId=en>

25 Eurostat (2020) Arbeitgeber nach Geschlecht, Alter und NACE Rev. 2 [https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/LFSA\\_QOE\\_4AX1R2\\_custom\\_196006/default/table?lang=en](https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/LFSA_QOE_4AX1R2_custom_196006/default/table?lang=en)

26 Europäische Kommission (2020) Länderbericht Deutschland 2020 <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52020SC0504&from=DE>

27 Deutschland <https://eige.europa.eu/publications/gender-equality-index-2020-germany>

28 Europäische Kommission (2020) Länderbericht Deutschland 2020 <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52020SC0504&from=DE>

29 EIGE (2020) Gleichstellungsindex 2020: Deutschland <https://eige.europa.eu/publications/gender-equality-index-2020-germany>

Entsprechend haben sie weniger Zeit für ihr berufliches Fortkommen, ihre persönliche Entwicklung und ihre Weiterbildung.<sup>30</sup> Die National Strategy Group bezeichnet genau diesen Aspekt der geschlechtsspezifischen Ungleichheit in Deutschland als den gravierendsten, der gleichzeitig auch die negativste Auswirkung hat. Flexible Arbeitszeiten werden in verschiedenen Branchen und Unternehmen

diskutiert. Hier hat es bereits einige Veränderungen gegeben – etwa die Möglichkeit der Freistellung für Fortbildungs- und Pflegezwecke.<sup>31</sup> Angesichts der nach wie vor sehr ungleichen geschlechtsspezifischen Rollenverteilung im Haushalt befürchtet die NSG jedoch, dass diese Maßnahmen den Frauen und ihrer gerechteren Integration in den Arbeitsmarkt nicht zugutekommen werden.

## SOZIALE ABSICHERUNG UND EINGLIEDERUNG

### WOHNRAUM

Die National Strategy Group bewertet die Lebensbedingungen in Deutschland als insgesamt zufriedenstellend. Die hohen Kosten für Wohnraum stellen jedoch ein Problem dar. Laut dem Länderbericht 2020 der Europäischen Kommission wenden die Deutschen einen höheren Anteil ihres Einkommens für die Miete auf als der Durchschnitt der Eurozone. Die Inflation der Immobilienpreise lag 2019 bei 10 %, wodurch es für Haushalte mit niedrigem und mittlerem Einkommen immer schwieriger wird, bedarfsgerechten Wohnraum zu bezahlbaren Preisen zu finden. Diese Situation ist umso problematischer, als die Immobilieneigentumsquote in Deutschland niedrig ist. In den Ballungsräumen hinkt die Investition in Wohnraum dem Bedarf immer noch weit hinterher. Dieser ist auch in Folge der Nettozuwanderung der Bevölkerung in die Städte gestiegen. Besonders deutlich zeigt

sich dieses Problem im sozialen Wohnungsbau. Im Jahr 2017 konnte das Angebot an Sozialwohnungen den Bedarf nur zu einem Drittel decken.<sup>32</sup> Die NSG beklagt die mangelhafte Abstimmung auf kommunaler und regionaler Ebene. Dieser Punkt findet auch im Länderbericht 2020 der Europäischen Kommission Erwähnung.

### DER KAMPF GEGEN DIE ARMUT

2019 waren 17,4 % der Menschen in Deutschland von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht (AROPE). Dieser Wert liegt deutlich unter dem der EU insgesamt (21,4 %) und dem der Eurozone (21,1 %). Die Zahlen von 2019 bestätigen, dass der Trend seit einigen Jahren rückläufig ist.<sup>33</sup> Bislang macht Deutschland also Fortschritte auf dem Weg zum UN-Nachhaltigkeitsziel SDG 1 („Armut in allen ihren Formen und überall beenden“).

30 EIGE (2020) Gleichstellungsindex 2020: Deutschland <https://eige.europa.eu/publications/gender-equality-index-2020-germany>

31 Eurofound (2020) In Deutschland leben und arbeiten <https://www.eurofound.europa.eu/country/germany#working-time>

32 Europäische Kommission (2020) Länderbericht Deutschland 2020 <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52020SC0504&from=DE>

33 Social Scoreboard (2020) Von Armut und sozialer Ausgrenzung bedrohte Menschen (AROPE) (2019) <https://composite-indicators.jrc.ec.europa.eu/social-scoreboard/explorer>

Trotz dessen sind weiterhin am stärksten diejenigen Kinder von Armut bedroht, die mit Alleinerziehenden oder in Familien mit drei oder mehr Kindern leben oder deren Eltern einen niedrigen Bildungsstand oder einen Migrationshintergrund haben. Im Juli 2019 wurde das Starke-Familien-Gesetz verabschiedet. Es zielt darauf ab, den gesellschaftlichen Schutz von Kindern durch einen erleichterten Zugang zu kinderbezogenen Leistungen, zum Kinderzuschlag und zu den Leistungen für Bildung und Teilhabe zu verbessern. Alle genannten Leistungen wurden durch das Starke-Familien-Gesetz ausgeweitet. In den kommenden Monaten wird sich zeigen, ob die neu eingeführten Maßnahmen den gewünschten Erfolg zeigen, nämlich mehr Kinder und Familien mit diesen Leistungen zu erreichen.<sup>34</sup> Entsprechend begrüßt die NSG die jüngsten politischen Veränderungen, betont jedoch, dass der soziale Schutz und die Leistungen für die vulnerabelsten Gruppen weiterhin verbessert werden müssten. Insbesondere angesichts der schnell voranschreitenden Digitalisierung auf dem Arbeitsmarkt unterstreicht die NSG die Bedeutung des lebenslangen Lernens und aller Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten als Wege aus der Armut.

## GESUNDHEIT

Die parallele Gesundheitsversorgung durch die gesetzliche und die private Krankenversicherung führt zu einer für die verschiedenen Einkommensgruppen ungleichen Versorgungsqualität. Besserverdienende profitieren von einer qualitativ hochwertigeren Behandlung und kürzeren Wartezeiten, so die National Strategy Group. Statistische Erhebungen zum wahrgenommenen Gesundheitszustand, zur Sterblichkeit und zur Lebenserwartung bestätigen diese Zahlen. Es besteht hier jeweils eine enge Verzahnung mit der Situation der Wirtschaft. Die Gesamtquote des ungedeckten medizinischen Bedarfs in Deutschland (0,2 %) lag 2018 allerdings dennoch deutlich unter dem EU-Mittel (1,8 %).

Personalseitig ist das deutsche Gesundheitswesen von einem Mangel an Pflegefachkräften betroffen, der sich langfristig negativ auf die Qualität der Pflege auswirken könnte. Die Regierung hat von daher Mittel zur Einstellung zusätzlicher 13.000 Pflegekräfte ab 2019 bereitgestellt, die auch aus Nicht-EU-Ländern angeworben werden. 2019 merkte die NSG bereits an, die Personalkürzungen in Krankenhäusern hätten zu gefährlichen Arbeitsbedingungen im Gesundheitswesen geführt. Diese Situation verschärft sich nun zusätzlich durch die Corona-Pandemie. Eine weitere, von der National Strategy Group als zutiefst problematisch bewertete Seite des deutschen Gesundheitswesens besteht darin, dass undokumentierte Migranten keinen Zugang zu medizinischer Versorgung erhalten.

34 Europäische Kommission (2020) Länderbericht Deutschland 2020 <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52020SC0504&from=DE>

# ZIVILGESELLSCHAFTLICHE FREIRÄUME

Die National Strategy Group bewertet den zivilgesellschaftlichen Raum in Deutschland in allen Bereichen (Vereinigungsfreiheit, Versammlungsfreiheit und Meinungsfreiheit) als positiv. Der CIVICUS-Monitor bestätigt diese Einschätzung und bezeichnet den zivilgesellschaftlichen Raum in Deutschland als offen.<sup>35</sup> Im World Press Freedom Index 2020 belegt Deutschland für den Bereich Meinungsfreiheit Platz 11 von 180. Seit 2019 konnte sich Deutschland durch höhere Werte im Ranking um zwei Plätze verbessern. Journalisten arbeiten dank der unabhängigen Justiz und der verfassungsmäßig solide gesicherten Rechte in einem sicheren Umfeld. Dennoch sind einige Aspekte kritikwürdig, wie etwa die (hauptsächlich, aber nicht ausschließlich von Gruppen des rechten Spektrums angeführten) extremistischen und feindseligen Demonstrationen der letzten Zeit. Die Pläne von Bundesregierung und Bundestag zur Durchsetzung weitreichender Sicherheits-, Datenspeicherungs- und Überwachungsgesetze stellen ein potenzielles Risiko für die Verletzung von Rechten dar – etwa für das Recht auf eine digitale Privatsphäre und auf Anonymität. Eine weitere Schwäche des zivilgesellschaftlichen Raums besteht in einem mangelhaften Zugang zu Informationen und in der Erosion des Medienpluralismus.<sup>36</sup>

## GUTES PRAXISBEISPIEL

### „DEMOKRATIE LEBEN!“

„Demokratie Leben!“<sup>37</sup> ist ein Bundesprogramm des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, das 2015 ins Leben gerufen wurde. Es zielt darauf ab, die Demokratie zu stärken, Vielfalt zu gestalten und Extremismus in Deutschland vorzubeugen. Zu diesem Zweck fördert das Programm innovative Projekte auf lokaler Ebene, die mit den Programmzielen übereinstimmen, und sammelt Wissen und Expertise aus Pilotprojekten für zukünftige Erkenntnisse in diesem Bereich. „Demokratie leben!“ baut durch Fachveranstaltungen und weitere Aktivitäten in verschiedenen Themenbereichen zusätzliche Kompetenz auf.

35 CIVICUS (2020) Monitor zu zivilgesellschaftlichen Freiräumen <https://www.civicus.org/index.php/state-of-civil-society-report-2020>

36 Reporter Ohne Grenzen (2020) Deutschland <https://rsf.org/en/germany>

37 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (n.a.) <https://www.demokratie-leben.de/en/programme>

# VERGLEICH MIT DEN LÄNDERSPEZIFISCHEN EMPFEHLUNGEN

Die länderspezifischen Empfehlungen der Europäischen Kommission 2020 für Deutschland<sup>38</sup> nehmen einige Elemente des aktuellen Social Rights Monitors ebenfalls auf. In Übereinstimmung mit der National Strategy Group stellt die Kommission fest, die Investitionen in den Bereichen Wohnen und Bildung müssten erhöht werden, um angesichts der Digitalisierung des Arbeitsmarktes eine Höherqualifizierung und Weiterbildung zu erreichen. Die Kommission nennt zudem die Notwendigkeit, das Gesundheitssystem krisenfester zu machen und mehr Pflegepersonal einzustellen. Andererseits gehen die Empfehlungen für die soziale Dimension des Europäischen Semesters nicht weit genug: Das Dokument konzentriert sich hauptsächlich auf den wirtschaftlichen Aufschwung, die finanzielle

Nachhaltigkeit und die technologische Entwicklung verschiedener Wirtschaftszweige. Tatsächlich lässt die Kommission in ihren Empfehlungen einige der Themen außen vor, die mit der Europäischen Säule sozialer Rechte verbunden sind: So fehlen Hinweise auf eine konsequentere sozioökonomische Inklusion von Menschen mit Migrationshintergrund sowie auf die erhebliche geschlechtsspezifische Diskrepanz bei der Teilzeitbeschäftigung auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Positiv zu vermerken ist, dass die Empfehlungen dem Übergang zu einer grünen Wirtschaft Raum geben und Vorschläge zur Verbesserung der deutschen Politik in diesem Bereich unterbreiten, etwa durch Investitionen in eine nachhaltige Verkehrsinfrastruktur und den Ausbau der Energieversorgungsnetze.

38 Europäische Kommission (2020) Empfehlung des Rates zum nationalen Reformprogramm Deutschlands 2020 mit einer Stellungnahme des Rates zum Stabilitätsprogramm Deutschlands 2020 <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:52020DC0505&from=EN>

Der SOLIDAR Social Rights Monitor 2020 wurde im Rahmen des durch das EU-Programm für Beschäftigung und soziale Innovation (EaSI) kofinanzierte Programm Together for Social Europe erstellt. Er bietet Einblick in den Status der sozialen Rechte in 17 europäischen Ländern. Der Monitor bewertet anhand der Beobachtungen zivilgesellschaftlicher Organisationen vor Ort sowie statistischer Daten und wissenschaftlicher Erkenntnisse den sozialpolitischen Zustand Europas im Hinblick auf Chancengleichheit, faire Arbeitsbedingungen, soziale Absicherung, Inklusion und zivilgesellschaftliche Freiräume. Dies geschieht auf Grundlage von Beobachtungen der National Strategy Groups (NSG), die in allen 17 Ländern durch ein Mitglied oder einen Partner von SOLIDAR eingerichtet wurden.

Darüber hinaus analysiert der Monitor 2020, in welchem Umfang diese Aspekte in den länderspezifischen Empfehlungen des Prozesses zum Europäischen Semester auf dem Weg zu einer nachhaltigen Erholung nach der Covid-19 Krise berücksichtigt werden.

**VERANTWORTLICHER REDAKTEUR:**

Mikael Leyi

**AUTORIN:**

Martina Corti

**KOORDINATION DER VERÖFFENTLICHUNG:**

Carlos Roldán Mejías, Violeta Meotto,  
Jedde Hollewijn, Julie Martinaud

**REDAKTION:**

Sebastian Moffett

**ÜBERSETZUNG AUS DEM ENGLISCHEN:**

TL TRANSLATIONES GmbH

**GRAFIKDESIGN:**

Maximilian Fischer

**BEITRÄGE VON:**

Willi-Eichler-Akademie



WILLI-EICHLER-  
AKADEMIE e.V.



Diese Veröffentlichung wurde mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Union erstellt. Die in dieser Veröffentlichung enthaltenen Informationen spiegeln nicht notwendigerweise die Haltung oder Meinung der Europäischen Kommission wider.

**solidar**



TOGETHER FOR  
SOCIAL EUROPE

SOLIDAR ist ein europäisches Netzwerk von über 50 Organisationen der Zivilgesellschaft, die mehrere Millionen Bürger in Europa und in der Welt vertreten. SOLIDAR ist das Sprachrohr für die Werte seiner Mitgliedsorganisationen in den drei politischen Hauptbereiche Sozialwesen, internationale Zusammenarbeit und lebenslanges Lernen bei der EU und den internationalen Institutionen. Weitere Informationen unter [www.solidar.org](http://www.solidar.org)

Avenue des Arts, 50  
1000 Brussels - Belgium

+32 2 500 10 20

[www.solidar.org](http://www.solidar.org)

@SOLIDAR\_EU

